



Text: Edy Pironaci, Redaktor Verbandszeitschrift *police*

Fedpol und die Frage des Ermittlungspersonals für die BKP

Um die Verstärkung zu realisieren, muss pragmatisch, aber auch schnell gehandelt werden

Fedpol beklagt seit langem einen strukturellen Personalmangel, insbesondere bei der Bundeskriminalpolizei (BKP), die für die Ermittlungen gegen kriminelle Organisationen, Geldwäscherei und Terrorismus zuständig ist. Die Forderungen kamen von der Spitze des Amtes, der Bundesanwaltschaft und verschiedenen Politikern, die wiederholt darauf hingewiesen haben, dass es unmöglich ist, alle Dossiers zu bearbeiten. Nach einem Bericht der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK) haben der Bundesrat (BR) und das Parlament das Problem offiziell anerkannt.

Die Anzeichen für einen Mangel an Ressourcen bei der BKP werden immer deutlicher und beunruhigen die Führungsspitze von fedpol. Alarm geschlagen haben nicht nur Nicoletta della Valle und ihre Nachfolgerin Eva Wildi-Cortés, sondern auch institutionelle und politische Akteure, die im Umfeld der Bundesstrafverfolgung tätig sind, darunter der Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD), Beat Jans, und Generalstaatsanwalt Stefan Blättler, Leiter der Bundesanwaltschaft (BA), die in entscheidendem Masse von den Ermittlungskapazitäten der Bundespolizei abhängig ist.

Die operativen Rahmenbedingungen, in denen fedpol und die BKP tätig sind, werden immer komplexer: Einerseits nehmen kriminelle Organisationen sowie die grenzüberschreitende und digitale Kriminalität zu, andererseits werden die Ermittlungen immer komplexer und der Bedarf an nationaler und internationaler Zusammenarbeit steigt. All dies hat die Kluft zwischen dem gesetzlichen Auftrag und den verfügbaren Mitteln deutlich und besorgniserregend gemacht. Diese Situation hat zwei grundlegende Konsequenzen:

- Das bereits bestehende konkrete Risiko, dass einige Dossiers verzögert oder im schlimmsten Fall nicht mit der erforderlichen Gründlichkeit bearbeitet werden. Der chronische Mangel an Ressourcen zwingt dazu, zu entscheiden, welche Fälle vorrangig behandelt werden sollen, während andere in der Schwebe bleiben, was unvermeidliche Auswirkungen auf die Qualität der Ermittlungen und die im sensiblen Bereich der nationalen Sicherheit erforderliche Effizienz hat.
- Die Tatsache, dass die Ermittler des Bundes heute unter ständigem Druck stehen, mit steigender Arbeitsbelastung, immer komplexeren Dossiers und engen Zeitvorgaben. Dies zwingt sie zu langen und wiederholten Arbeitstagen, mit einer Anhäufung von Überstunden und Urlaubsrückständen, persönlichen Entbehrungen und konkreten Gesundheitsrisiken.



Nach vielen Appellen kam der Wendepunkt durch einen klaren politischen Auftrag: Die Finanzkommission des Nationalrats (Postulat 23.4349 vom 20.11.2023) drängte den Bundesrat, die EFK zu beauftragen, zu prüfen, ob die Personalausstattung von fedpol ausreichend ist, mit besonderem Fokus auf die Ermittlungsarbeit. Nach Durchführung ihrer Analyse zwischen Ende 2024 und Anfang 2025 veröffentlichte die EFK am 10.09.2025 ihren Abschlussbericht, in dem sie feststellte, dass der derzeitige Personalbestand der BKP nicht ausreicht, um die Ermittlungsaufträge vollständig zu erfüllen.

Die EFK stellte fest, dass die BKP nicht über genügend Personal verfügt, um die Ermittlungen angemessen durchzuführen. Dies hat zur Folge, dass wichtige Verfahren verzögert oder gar nicht erst eingeleitet werden, was direkte Risiken für die innere Sicherheit der Schweiz mit sich bringt. Grund für diese kritische Situation sind verschiedene Faktoren: Neben der steigenden Zahl und Komplexität der Fälle (Terrorismus, kriminelle Organisationen, organisierte Kriminalität, Geldwäscherei und Cyberkriminalität) gibt es ein Missverhältnis zur Bundesanwaltschaft (die neue Staatsanwälte und Assistenten einstellen konnte, ohne dass die Zahl der Ermittler von fedpol entsprechend erhöht wurde) sowie verschiedene Mängel in der Koordination und Verwaltung. Die EFK stellte zudem eine stark hierarchische Führungskultur, eine nicht optimale Nutzung digitaler Technologien und eine langsame Entwicklung von Projekten zum Informationsaustausch (wie die Plattform POLAP) fest. Hinzu kommt der wachsende Druck auf die MROS, die Geldwäschereibekämpfungsstelle von fedpol, deren Personalbedarf aufgrund der steigenden Zahl von Meldungen durch Finanz n erheblich zunehmen wird. In diesem Zusammenhang hält es die EFK für angemessen, die Kosten auf die Finanzintermediäre selbst zu übertragen, die direkt von der Arbeit der Bundesstelle profitieren.

Die wichtigsten Empfehlungen der EFK zur Umsetzung der Verstärkung

- **Ermittlung des tatsächlichen Personalbedarfs der BKP:** fedpol und die Bundesanwaltschaft müssen gemeinsam eine realistische Schätzung der erforderlichen Ressourcen erstellen, wobei eine schrittweise Erweiterung der Ermittlungsabteilungen im Einklang mit der Sicherheitsstrategie des Bundesrats vorgesehen und Einsparungen durch interne Optimierungen berücksichtigt werden sollten.
- **Überprüfung der Entscheidungsbefugnisse und des internen Führungsmodells:** Überwindung von Mikromanagement und starker Hierarchisierung durch eine Neuverteilung der Kompetenzen auf verschiedene Ebenen, um die Prozesse schlanker und verantwortungsbewusster zu gestalten, sowie Einführung von Instrumenten zur Verbesserung der Effizienz und Motivation des Personals.
- **Entwicklung einer Ausbildungs- und Mobilitätsstrategie:** Festlegung eines Entwicklungsplans, der kontinuierliche Fortbildung, Karrierewege sowie interne und externe Mobilität umfasst und mit den Kantonen koordiniert wird, um die interinstitutionelle Zusammenarbeit zu stärken.
- **Reform der Finanzierung der MROS:** Anpassung des Finanzierungsmodells, damit die zusätzlichen Kosten, die durch den starken Anstieg der Geldwäschereimeldungen entstehen, von den Finanzintermediären gedeckt werden und so Bundesmittel freigesetzt werden.
-



Die jüngsten politischen Entscheidungen

Als Folge des Berichts der EFK ist die parlamentarische Politik vom «Zur Kenntnis nehmen» zum «Entscheiden» übergegangen. Am 16. September 2025 hat der Nationalrat in der Herbstsession der eidgenössischen Räte mit 131 Ja-Stimmen, 58 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen eine Motion der Sicherheitspolitischen Kommission, die eine Aufstockung des Personals von fedpol um 10 bis 20 Stellen pro Jahr für die nächsten zehn Jahre vorsieht, bis 2035 insgesamt 200 zusätzliche Stellen geschaffen werden sollen. Zu den vorrangig zu verstärkenden Profilen gehören Ermittler, Analysten, Spezialisten für IT-Forensik und internationale Zusammenarbeit. Dies ist ein starkes politisches Signal, das den Übergang von Appellen zu einem prozeduralen Weg zur schrittweisen Stärkung der BKP markiert. Diese Entscheidung ist jedoch noch nicht rechtskräftig: Sie muss noch vom Ständerat genehmigt werden.

Am 19. September 2025 hat auch der Bundesrat den Bericht der EFK genehmigt und damit den Personalmangel bei fedpol und insbesondere bei der BKP bestätigt.

Was fehlt noch, um die Aufstockung wirksam zu machen?

- **Grünes Licht des Ständerats** für die vom Nationalrat verabschiedete Motion. Ohne die Zustimmung der kleinen Kammer bleibt der Weg unvollständig.
- **Umwandlung in Kredite:** Die zusätzlichen Kosten müssen in den Jahresbudgets und gegebenenfalls in mehrjährigen Personalplänen ausgewiesen werden.
- **Operativer Ressourcenplan:** Es müssen Prioritäten, Profile und Einstellungszeitpunkte festgelegt werden.

Es ist wichtig zu betonen, dass die 10 bis 20 Stellen pro Jahr nicht unbedingt nur mit Ermittlern mit polizeilichem Hintergrund besetzt werden müssen: Bei komplexen Ermittlungen sind zunehmend interdisziplinäre Kompetenzen gefragt, also auch Informatiker, Analysten und Verwaltungspersonal.

Dies muss klar gesagt werden, denn es darf nicht vergessen werden, dass es sich um einen sehr wichtigen Aspekt handelt: Um die BKP zu stärken, insbesondere was die reinen Ermittler mit Polizeihintergrund betrifft, muss die BKP zwangsläufig auf die Kantonspolizeien zurückgreifen. Tatsächlich verfügt fedpol nicht über ein eigenes Ausbildungsprogramm für Ermittler, und darüber hinaus sind für die Bearbeitung von Ermittlungen in Bundesangelegenheiten einige Jahre praktische Erfahrung in der Ermittlungsarbeit erforderlich. Da die Ermittler daher nur auf die gleiche Weise wie die Kantone ausgebildet werden können (mit der Polizeischule, gefolgt von Kursen der Kriminalpolizei und einigen Jahren Erfahrung in der Bearbeitung von Ermittlungen in kantonaler Zuständigkeit), ist es von entscheidender Bedeutung, sich mit den Kantonen abzustimmen, um ein nachhaltiges und effektives Wachstum des Personalbestands zu gewährleisten.

Tatsächlich sind bereits Reaktionen der Kantone auf die Nachricht von der Verstärkung der BKP eingegangen, unter anderem vom Präsidenten der KKPKS (Konferenz der kantonalen Polizeikommandantinnen und -Kommandanten der Schweiz) und Polizeikommandanten des Kantons Tessin, Matteo Cocchi. Wie aus seinen



Stellungnahmen hervorgeht, ist die Unterbesetzung der BKP kein Thema, das nur Bern betrifft. Die Kantonspolizeien spüren die Auswirkungen jedes Mal, wenn sie mit eidgenössischen oder kantonsübergreifenden Dossiers konfrontiert sind, die zentrale Ermittlungsunterstützung, forensische Kapazitäten oder internationale Koordination erfordern. Der Präsident der KKPKS erklärte in einem Interview mit dem italienischsprachigen Schweizer Radio und Fernsehen (12.09.2025) ausdrücklich, dass sich die Knappheit der eidgenössischen Ressourcen auf die kantonalen Polizeikorps auswirkt: *«Die Kantone behindern die Stärkung der Bundespolizei nicht, sondern begrüßen sie sogar, da sie die gemeinsame Arbeit in den Bereichen Cyberkriminalität, organisierte Kriminalität, Terrorismus und Hooliganismus entlastet und harmonisiert. Der Mangel an Ressourcen der BKP wirkt sich jedoch zweifellos auf die Kantone aus, und «je nachdem, wie die BKP rekrutiert, kann dies positiv oder negativ sein», vieles «hängt davon ab, woher die neuen Ressourcen kommen». Ein Beamter kann nicht «in 5 Minuten» ausgebildet werden, daher «wird diese Situation sicherlich nicht positiv sein, wenn fedpol nur in den kantonalen Polizeibehörden rekrutiert», berichtete der Präsident und erinnerte daran, dass «wir dies als Polizeikommandantenkonferenz bereits mehrfach zum Ausdruck gebracht haben». Die Hoffnung ist, dass «fedpol damit beginnt, sein Ermittlungspersonal zu rekrutieren, auszuwählen und auszubilden».* Matteo Cocchi und seine Kolleginnen und Kollegen sind sehr besorgt um die Zukunft. Sie befürchten, dass Fedpol, das höhere Gehälter bietet, ihre besten Inspektoren abwerben könnte. Aus diesem Grund schlagen sie vor, mit der Ausbildung von Bundesbeamten zu beginnen, möglicherweise in Zusammenarbeit mit den kantonalen Zentren.

Auch aus diesen Gründen muss sich Fedpol gemeinsam mit den Kantonen damit befassen, wie es in die Aus- und Weiterbildung seiner Ermittler und Führungskräfte investieren kann, um sein Personal aufzustocken und in den kommenden Jahren ein hohes Kompetenzniveau und eine ausreichende Anzahl von Ermittlern aufrechtzuerhalten, die in der Lage sind, ihren gesetzlichen Auftrag zu erfüllen. Ein Vorschlag könnte der von Cocchi sein, der vorsieht, sich auf die kantonalen Zentren zu stützen.

Um die Haltung der Bundespolitik zu verstehen, haben wir uns an Nationalrat Simone Gianini, Mitglied der Rechtskommission (RK), und Ständerat Fabio Regazzi gewandt, der unter anderem Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission ist.



Nationalrat Simone Gianini

Herr Gianini, wie schätzen Sie die Entscheidung des Ständerats ein, und wie stellen Sie sich die konkrete Umsetzung der Verstärkung vor, sobald der Ständerat grünes Licht gegeben hat (falls dies der Fall sein sollte)? Welche politischen und administrativen Schritte werden vorrangig sein, um sicherzustellen, dass die neuen Stellen tatsächlich geschaffen und fedpol zur Verfügung gestellt werden?

Ich hoffe, dass der Ständerat dem Nationalrat folgen wird. Es ist unerlässlich, dass die Bundespolizei endlich das Personal erhält, das sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigt. Wie die Vizepräsidentin der Sicherheitskommission, Jacqueline de Quattro, vor dem Nationalrat bei der Verteidigung ihres Antrags betonte, wurde das Personal von fedpol in den letzten Jahren um 10 % reduziert, während die Kriminalität zunimmt und die Fälle immer zahlreicher und komplexer werden. Wir brauchen vor allem Ermittler und Analysten, insbesondere im Bereich der Cybersicherheit, der stark expandiert (man denke nur an den dramatischen Anstieg von Phishing-Fällen und Angriffen auf Unternehmen, Krankenhäuser und kritische Infrastrukturen).

Der Bund steht unter starkem finanziellen Druck und unterliegt der Schuldenbremse. Wie soll Ihrer Meinung nach die strukturelle Aufstockung des Personals bei fedpol mit den aktuellen Haushaltsbeschränkungen vereinbar sein, ohne dass andere politische Prioritäten vernachlässigt werden?

Erstens wird das Parlament mit der Annahme des Antrags, sofern dieser auch vom Ständerat gebilligt wird, ein Zeichen der Priorität gesetzt und damit deutlich gemacht, wo trotz der Haushaltsbeschränkungen die notwendigen Ressourcen bereitgestellt werden müssen. Zweitens sollten die neuen Mitarbeitenden nicht nur den Ruf- und Wirtschaftsschaden verringern, den die organisierte Kriminalität unserem Wirtschaftssystem (und damit auch dem Staat) zufügt, sollten die neuen Mitarbeiter zu einer grösseren Effizienz bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität führen, wodurch die Bundesanwaltschaft dank der Arbeit von fedpol jedes Jahr Forderungen in Höhe von mehreren zehn, wenn nicht sogar mehreren hundert Millionen Franken einziehen oder einfordern kann, die teilweise als ausserordentliche Einnahmen im Bundeshaushalt verbucht werden.



Welche Lösung sehen Sie angesichts der von Cocchi geäusserten Bedenken für eine Aufstockung der Zahl der Bundesermittler, die sich nicht negativ auf die Zahl der Ermittler der Kantonspolizeien auswirkt?

Um den Kantonspolizeien nicht die benötigten Kräfte zu entziehen, ist vorgesehen, den Personalbestand von fedpol schrittweise zu erhöhen, und zwar um 10 bis 20 Stellen pro Jahr während der nächsten zehn Jahre. Das Ziel ist es, bis 2035 200 zusätzliche Mitarbeitende zu haben, wobei jedoch die notwendige Zeit für deren Ausbildung und Einstellung entsprechend den Erfordernissen eingeräumt wird. Diese Massnahme wird seit langem vom Generalstaatsanwalt und der Direktion von fedpol gefordert und muss natürlich ohne Schwächung, sondern vielmehr mit einer Stärkung unseres Ermittlungs- und Sicherheitssystems, das auch von den Kantonspolizeien gewährleistet wird, umgesetzt werden.



Ständerat Fabio Regazzi

Fabio Regazzi: Der Ständerat wird die entscheidende Entscheidung treffen müssen: Welche Kriterien erachten Sie als wesentlich für die Beurteilung der finanziellen und organisatorischen Tragbarkeit dieser Personalaufstockung?

Die Frage ist nicht nur finanzieller Natur, auch wenn wir natürlich sicherstellen müssen, dass die erforderlichen Mittel mit den verfügbaren Ressourcen und den allgemeinen Prioritäten des Landes vereinbar sind. Auch der organisatorische Aspekt spielt eine wichtige Rolle: Es reicht nicht aus, Neueinstellungen zu genehmigen, Fedpol muss in der Lage sein, diese Personen effizient zu integrieren, mit klaren, weniger hierarchischen Prozessen und einer moderneren Führungskultur, wie die EFK betont hat. Persönlich bin ich der Meinung, dass drei Kriterien gelten sollten: schrittweises Vorgehen, um Ungleichgewichte zu vermeiden; klare Stellenprofile, um keine unrealistischen Erwartungen zu wecken; und die Fähigkeit, Synergien mit den Kantonen zu schaffen, ohne ihnen die Auswirkungen der Verstärkung des Bundes aufzubürden.

Halten Sie angesichts der zunehmenden Bedeutung der organisierten, digitalen und grenzüberschreitenden Kriminalität das Modell „+10/20 Stellen pro Jahr“ für ausreichend oder sollten flexiblere und an Notfälle anpassbare Szenarien in Betracht gezogen werden?



Das vom Nationalrat verabschiedete Modell ist ein Schritt in die richtige Richtung, da es endlich eine strukturelle Stärkung schwarz auf weiss festhält. Die Realität zeigt uns jedoch, dass sich die Bedrohungen schnell weiterentwickeln: Terrorismus, Cyberkriminalität und Geldwäsche warten nicht auf unsere parlamentarischen Fristen. Aus diesem Grund glaube ich, dass neben einem schrittweisen Zehnjahresplan eine gewisse Flexibilität vorgesehen werden muss, mit der Möglichkeit, das Personal im Falle spezifischer Notfälle oder Arbeitsspitzen schneller aufzustocken. Das ist ein schwieriges, aber notwendiges Gleichgewicht.

Welche Lösung sehen Sie angesichts der von Cocchi geäußerten Bedenken für eine Aufstockung der Zahl der Bundesermittler, die sich nicht negativ auf die Zahl der Ermittler der Kantonspolizei auswirkt?

Die Bedenken der Kantone sind berechtigt. Wir können nicht zulassen, dass die Verstärkung von Fedpol auf Kosten der Kantonspolizeien geht, die nach wie vor die Säule der inneren Sicherheit sind. Ich glaube jedoch, dass es keine einfache oder sofortige Lösung gibt. Die Herausforderung besteht darin, ein Gleichgewicht zwischen den Bedürfnissen des Bundes und der Kantone zu finden, ohne sie in Konkurrenz zueinander zu bringen. Dazu ist eine starke Koordination unerlässlich: Gemeinsam müssen die zu verstärkenden Profile definiert, Ausbildungswege geteilt und Doppelspurigkeiten vermieden werden. Wir müssen in Begriffen der Komplementarität denken: Mehr Analysten, Digitalexperten und nicht-traditionelle Profile können die klassischen Ermittler entlasten. Es handelt sich eher um einen Prozess des ständigen Dialogs und der gemeinsamen Planung als um einzelne Massnahmen. Wenn wir dieses gegenseitige Vertrauen nicht aufbauen, könnte jede Verstärkung kontraproduktive Auswirkungen haben.